Freitag, 20. Juli 1923 · 71. Jahrgang Nr. 337

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 1200 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Erscheint täglich zweimal Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Abonnementspreis monatlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich M. 4500.—, im voraus zahlbar. Abonnementspreiserhöhungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger hoher unserer Lieferer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages. Tarifpreis für Anzeigen: Die 12gespaltene Zeile M. 12000.—, für kleine Anzeigen (das Wort M. 2200.—, das fettgedruckte Wort M. 5000.—. Rund-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3456; für den Ferngespräche Nr. 4927 bis 4928. — Rudolf Mosse-Code. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67—68, Wiener Straße 1—6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 246, Große Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 197, Lothringerstraße 9, Schönhauser Allee 144, Schloßmannstraße 4, Rheinsberger Straße 79, Pennstraße 1, Müllerstraße 155, Badstraße 61, Königstraße 56—57, Rosenthaler Straße 48, Rathenower Straße 3, Turmstraße 61, Potsdamer Straße 33, Leipziger Straße 103, Zimmerstraße 59, Hildebrandstraße 69, Fidicinstraße 9, Charlottenburg: Tauentzienstraße 5, Kantstraße 34, Scharrenstraße 39, Nürnberger Straße 25—26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19, Steglitz: Albrechtstraße 130, Tempelhof: Berliner Straße 147, Treptow-Krüllstr. 7, Weißensee: Streustr. 15a, Wilmersdorf: Uhlandstr. 85, Kaiserplatz 15, Brandenburg: Hauptstr. 4, Potsdam: Schwielowsee Str. 21—22, Cöpenick: Schlossstr. 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 14a, Nieder-Schönhausen: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Str. 22, Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Neue Verzögerung in London

Der Ausgang der gestrigen Kabinettsberatung in London — „Keine Entscheidung" — Die Absendung der Entwürfe bis zur nächsten Woche verschoben?

London, 19. Juli. (W. T. B.)

Baldwin erklärte heute im Unterhaus in Erwiderung auf eine Anfrage, er könne noch nicht sagen, wann er in der Lage sein werde, den Entwurf der Antwortnote an Deutschland veröffentlichen zu lassen.

London, 19. Juli. (W. T. B.)

Das Kabinett erörterte heute in 2½stündiger Sitzung die Dokumente, die an die Alliierten und die Vereinigten Staaten gesandt werden sollen, nämlich den Entwurf der Antwort an Deutschland, einen Mantelbrief an die Alliierten und eine erläuternde Denkschrift. Sämtliche drei Schriftstücke sind von Lord Curzon entworfen worden. Reuter erfährt, daß keine Entscheidung erreicht worden ist, und daß es nicht sehr überraschend sein würde, wenn die Absendung an die Alliierten und an die Vereinigten Staaten bis zur nächsten Woche verschoben werden sollte.

Paris, 19. Juli. (Eca.)

In den diplomatischen Verhandlungen ist ein vollkommener Stillstand eingetreten. In Erwartung der Fertigstellung der englischen Note und deren Eintreffen beschränkt man sich auf die Erledigung laufender Geschäfte, ohne indes London aus den Augen zu verlieren. Mit besonderem Interesse verfolgen die französischen diplomatischen Kreise einen angeblich seit einigen Tagen zwischen Berlin und London schwebenden Meinungsaustausch, dessen Gegenstand der passive Widerstand sein soll und der angeblich durch die gestrige Unterhaltung des deutschen Botschafters Sthamer mit Lord Curzon weitergeführt wurde. Der „Temps" beschäftigt sich in seinem Leitartikel mit diesen Fragen.

Dollar: 331950

(New-Yorker Parität)

Der erste sibirische Expreßzug Petersburg—Wladiwostock tritt demnächst seine Probefahrt an, die 14 Tage dauern wird.

Die Petersburger Börse beriet eine altrussische Börsenkonferenz ein, die sich mit Getreideexportfragen befassen soll.

Zwischen Estland und Lettland soll ein Handelsvertrag abgeschlossen werden.

Das Militärproviantamt in Hannover ist völlig eingeäschert worden.

Der Landarbeiterstreik in Kassel dauert mit unverminderter Heftigkeit fort.

Eine Meldung des „Temps" über einen Geheimvertrag und eine Militärkonvention zwischen Deutschland und Litauen wird offiziell dementiert.

Auf Bahnhof Bebou wurden 129 Beamte mit Familien, zusammen 525 Personen, ausgewiesen.

Für die Zeit vom 23. Juli bis einschließlich 1. August beträgt das Goldzollaufgeld 4 139 900 vom Hundert.

Die Lohnverhandlungen in der Berliner Metallindustrie sind am Widerstand der Unternehmer gescheitert.

Türkischer Epilog auf Lausanne

Rüstung zum Wirtschaftskampf — Angora fühlt sich den Westmächten gleichwertig
Das Selbstbewußtsein der Nationalisten — Frieden zwischen Islam und Okzident?

Lausanne, 19. Juli. (W. T. B.)

Die türkischen Korrespondenten in Lausanne begrüßen in ihren Leitprogrammen und Artikeln lebhaft den Friedensschluß, stellen einmütig einen großen Erfolg der Türkei fest und betonen die Notwendigkeit ernster, hauptsächlich wirtschaftlicher Friedensarbeit zur Festigung der Entwicklung des Landes.

So schreibt der Berichterstatter des Regierungsorganes „Hakimiet Millie" in Angora: Nach jahrelangen Anstrengungen hat die Türkei endlich die Früchte ihrer Bemühungen geerntet, aber am Vorabend der Friedensepoche wartet unser ein neuer Aufruf zur Mobilmachung, nämlich für den Wirtschaftskampf. In diesem Kampfe erhoffen wir einen neuen Sieg, der das große Werk unserer auf dem Schlachtfelde gefallenen Helden vervollständigen soll.

Der Korrespondent der offiziösen „Jheri" in Konstantinopel schreibt, daß der Erfolg dem Wagemut der Türkei zuzuschreiben sei, die, nachdem seit dem Jahre 1918 das Recht aus der Welt geschwunden, zur Gewalt greifen mußte, um ihre Rechte zu wahren. Europa liege derart darnieder, daß dazu die geringen türkischen Kräfte ausreichten und die vielgerühmte Einheitsfront in Lausanne durchbrochen werden konnte.

Der Lausanner Vertreter des „Ikdam" in Konstantinopel bezeichnet als Faktoren des türkischen Erfolges die griechische Separatfriedenspolitik und die englisch-französische Uneinigkeit in der Ruhrfrage, die den Orientfrieden beschleunigt habe. Frankreich habe in Lausanne Fiasko erlitten, weil es den Vertrag von Angora vergessen habe und zu großen Gewinn davontragen wollte.

England dagegen habe alles, was es vernünftigerweise erhalten konnte, erreicht, weil es seine Ansprüche mäßigte und an die Zukunft gedacht habe. Die Menschheit verdanke den Frieden dem guten Willen der Türkei, aber auch der großzügigen Politik Englands.

„Watan" in Konstantinopel schreibt: Dieser Vertrag beendet auf internationalem Wege das Bestehen des alten Ottomanischen Reiches und schafft die neue Türkei, die von der alten völlig verschieden ist. Sie hat Gleichberechtigung mit anderen Staaten erlangt, aber diese Gleichberechtigung schafft auch eine Verantwortung, und sie wird sich bemühen, den Mächten Vertrauen einzuflößen.

„Wakid" in Konstantinopel führt aus: „Die Bedeutung des von den Türken in Lausanne errungenen Erfolges beruht nicht nur auf den ausschließlich türkischen Nationalinteressen, sondern auch darin, daß die Entscheidungen dieser Konferenz eine neue Etappe in der Entwicklung des Völkerrechts darstellen, das bisher nicht die Rechtsgleichheit der außereuropäischen Völker kannte."

Der Korrespondent des extremnationalistischen „Tewfik Istiar" in Konstantinopel erklärt: „Die zwischen der Türkei und den Alliierten erfolgte Einigung stellt das Höchstmaß des Erfolges unter den gegebenen Umständen dar; wir verdanken diesen Erfolg vor allem dem hartnäckigen Widerstand, den Angora in letzter Stunde leistete, und der klugen, berechnenden Energie Ismet Paschas.

Der Vertrag, der in einigen Tagen unterzeichnet werden wird, ist der Beginn einer neuen Aera für uns und kann zu einer wahrhaften und dauernden Versöhnung zwischen der mohammedanischen Welt und dem Abendland führen, wenn Europa ihn aufrichtig und ohne Hintergedanken anwenden will."

Paris, 19. Juli. (W. T. B.)

Nach einer Meldung des „New York Herald" aus Washington teilte das Staatsdepartement gestern mit, daß der amerikanisch-englische Interessenkonflikt in der Petroleumfrage, der in der letzten Sitzung der Lausanner Konferenz zutage getreten sei, die amerikanische Regierung möglicherweise veranlassen werde, eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorzuschlagen. Es verlaute, daß nach Ansicht des Staatsdepartements die Konzession der britischen Petroleumgesellschaft ungültig sei, und daß die von Lord Chester vertretenen Interessen unterstützt werden müßten, soweit sie nicht mit anderen Interessen kollidierten.

Die Markkatastrophe

Der gestrige Börsentag

Die Devisenpolitik des Cuno-Kabinetts steht mitten in ihrem Bankrott. Der gestrige Tag hat gezeigt, wohin wir mit der Kursfestsetzung durch die Reichsbank bei schärfsten Repartierungen kommen. Die Banken haben die ihnen zugeteilten Devisen zurückgegeben und erklärt, daß „eine Zuteilung von ¼ Prozent auf die von ihren Kunden eingegangenen Aufträge technisch einfach nicht durchführbar sei." Der Dollarkurs, der festgesetzt wurde, war ein Kurs, zu dem kein Geschäft abgeschlossen wurde. Es war die Sensation des Tages, daß die Reichsbank sich öffentlich über die Banken und ihre Kundschaft beschwerte und Repressalien androhte, die in der Tat die Abdrosselung der deutschen Wirtschaft bewirken könnten, wenn — ja wenn nicht gerade dies letzte Vorkommnis gezeigt hätte, daß die Reichsbank ohnmächtig ist und daß ihr außer der Entrüstung keine Waffe mehr geblieben ist. Vom Februar bis April opferte sie ihre Devisenbestände, im Juni und Juli ihren Ruf und ihre ökonomische Machtposition. Nur eine Möglichkeit bleibt ihr noch: nachdem sie im Dienste der Schwerindustrie beim Begräbnis der Papiermark unwissentlich wirksame Hilfe geleistet hat, kann sie im Dienste der breiten Massen des Volkes zielbewußt am Aufbau der neuen Währung arbeiten. Wird Herr Havenstein das aber können?

*

Gestern nachmittag hat eine Beratung der Stempelvereinigung über die durch die Maßnahmen der Reichsbank geschaffene Lage stattgefunden. Nachdem die Banken die Zuteilung von ¼ Prozent ihrer Aufträge abgelehnt haben, beabsichtigt die Stempelvereinigung ihrerseits keine Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen. Dagegen haben einige Vertreter der Berliner Banken morgen eine Besprechung mit dem Direktor der Devisenabteilung der Reichsbank, Geheimrat Fuchs. Sie werden darauf hinweisen, daß die Banken an den gewaltigen Devisenanforderungen keine Schuld tragen, sondern daß es sich lediglich um Aufträge aus Kreisen des Handels und der Industrie handele. Wenn die Bestimmung, daß nur Orders entgegengenommen werden sollen, wenn die Kundschaft über den Gegenwert in Mark auf dem Konto verfügt, noch nicht überall befolgt worden ist, so liegt das daran, daß die entlegeneren Filialen der Berliner Banken noch nicht genügend orientiert werden konnten, namentlich diejenigen der besetzten Gebiete. Daß große Konzernanmeldungen über den tatsächlichen Bedarf hinaus erfolgen, dürfte kaum zweifelhaft sein, es sei aber damit zu rechnen, daß die Aufträge von selbst zurückgehen werden, wenn die erwähnte Bestimmung voll zur Wirksamkeit kommt. Schon heute sei ein Rückgang von einem Drittel der Aufträge zu verzeichnen. Im übrigen wird der von der Reichsbank zur Verfügung gestellte Devisenbetrag von etwa 15 Millionen Goldmark täglich als für die deutsche Wirtschaft im gegenwärtigen Augenblick zu gering bezeichnet.

Horthy-Ungarns Außenpolitik

Eine geschickte Rede des Außenministers

Budapest, 18. Juli.

In einer Rede über auswärtige Fragen führte Minister für Auswärtiges Daruvary folgendes aus: Der vom feindlichen (sic!) Ausland erhobene Vorwurf, Ungarn sei nicht demokratisch, ist vollkommen ungerechtfertigt. In der Nationalversammlung finden die Vertreter aller Gewerkschaften Platz. Die Jahrhunderte alte demokratische Richtung Ungarns wird weiter entwickelt. Der Vorwurf wird nur erhoben, um das Mißfallen der Nachbarn zu erregen und das Zustandekommen gutnachbarlicher Verhältnisse mit den Nachbarstaaten zu verhindern. Ebenso kann von Militarismus keine Rede sein (!), gegenüber 35 000 mangelhaft ausgerüsteten Soldaten Ungarns besitzt die Kleine Entente im Friedenszustand eine 18fache und im Kriegszustand eine 140fache Wehrmacht. Die Staaten der Kleinen Entente erhielten bedeutende Anleihen, zum größten Teil für militärische Zwecke. Ungarn hat dem Völkerbund erklärt, es sei durch fortgesetzte Rüstungen naturgemäß beunruhigt, und fordere ihre Einschränkung im Geiste und nach dem Buchstaben des Trianonvertrages. Die Frage der Rüstungsbeschränkung und die jugoslawische Internierungsfrage können kein Hindernis für eine Annäherung bilden. Die jugoslawische Regierung ist ersucht worden, sämtliche jugoslawischen Internierten, insgesamt 39 Personen, an der Grenze zu übernehmen. Die Verständigung mit den Westmächten, an die Ungarn große Sympathien verflossener Zeiten knüpfen, ist ziemlich leicht. Mit den Italienern verknüpfen uns historische Erinnerungen, und mit den Franzosen gewisse kulturelle Bande, mit den Engländern die gemeinsame Entwickelung der Verfassung. Viel schwieriger ist es aber, mit den Nachbarstaaten in gutnachbarliche Beziehungen zu treten.

Kein deutsch-litauischer Geheimvertrag

Dementierung einer „Temps"-Meldung

Berlin, 19. Juli. (W. T. B.)

Der „Temps" hat dieser Tage einen alarmierenden Artikel seines Warschauer Korrespondenten über die deutsch-litauischen Beziehungen gebracht, in dem versucht wird, ein intimes Zusammenarbeiten Deutschlands mit Litauen, insbesondere in der Memelfrage, nachzuweisen. In der üblichen tendenziösen Aufmachung wird zu diesem Zweck der Abschluß eines Geheimvertrages vom 18. Januar 1923, sowie der bevorstehende Abschluß einer Militärkonvention, die angeblich gegenwärtig in Berlin ausgearbeitet wird, gemeldet. Demgegenüber ist festzustellen, daß beide Behauptungen vollkommen frei erfunden sind.

Der Prozeß gegen die Stambolijski-Minister

Graz, 19. Juli. (W. T. B.)

Nach einer Meldung der „Tagespost" hat gestern in Sofia die Verhandlungen gegen die Minister des Kabinetts Stambolijski begonnen.

Oeser über Ludwig Bamberger

Ein Vorkämpfer deutscher Freiheit

Zu Ehren Ludwig Bambergers, des Vorkämpfers für deutsche Einheit und Freiheit, dessen 100. Geburtstag auf den kommenden Sonntag fällt, veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes im Meistersaal, Köthener Straße 38, eine Erinnerungsfeier am heutigen Freitag, 20. Juli, abends 8½ Uhr. Die Gedenkrede hält der Reichsminister des Innern Oeser; außer ihm nehmen Max Broemel, der ehemalige Reichstagsabgeordnete für Stettin, als Freund Bambergers, und Karl Vetter für das Präsidium des D. R. R. B. das Wort. Schumann- und Chopin-Klänge umrahmen die Feier. Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei. Karten in der Geschäftsstelle des Bundes, Bendlerstraße 12, morgen in der Zeit von 3 bis 5 Uhr, sowie abends am Eingang des Saales.